

## 6. ver.di-Bundeskongress

[17.-22. September 2023, Berlin]

---

### Resolution

Der Bundeskongress lehnt die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Kürzungen im Bundeshaushalt 2024 u.a.

- bei den Mitteln für die Bundeszentrale für politische Bildung,
- im Kinder- und Jugendplan,
- für die Freiwilligendienste,
- der Migrationsberatung,
- im Programm der bundesweiten, behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung (AVB)
- und im Bundesprogramm für Psychosozialen Zentren (PSZ)

ab.

Wir sehen bei einer Umsetzung der Kürzungspläne unseren Sozialstaat und den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet. Die Kürzungen würden zu massive Einschnitten bei einer Vielzahl von sozialen Angeboten und der politischen Bildung führen und eine nachhaltige Schwächung des Zusammenhaltes in der Gesellschaft bedeuten. Statt einer Kürzung der Mittel brauchen diese Bereiche mehr Geld um ihre wertvolle Arbeit fortführen zu können.

Der Bundeskongress fordert die Mitglieder des Bundestages auf, die Vorschläge der Bundesregierung im Haushaltsaufstellungsverfahren zu korrigieren und die öffentliche Daseinsvorsorge auskömmlich zu finanzieren.

#### Begründung

Wir sind gegen eine Kürzung der Mittel für die Bundeszentrale für politische Bildung.

Die Bundesregierung will die Mittel für die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) massiv streichen. Der Etat der bpb soll um 20 Millionen Euro schrumpfen – von jetzt rund 96 Millionen auf etwa 76 Millionen Euro im Jahr 2024. Durch diese Kürzungen würden viele Angebote wegfallen.

Wir sind gegen die geplanten Kürzungen der Mittel im Kinder- und Jugendplan. Einer Bedarfsanalyse zufolge wäre eine Aufstockung für den Kinder- und Jugendplan i. H. v. 70 Mio. Euro für das Jahr 2024 notwendig. Eine Beibehaltung des Status quo (KJP-Volumen in 2023: 239 Mio. Euro) wäre in Anbetracht der massiv steigenden Kosten bereits einer Kürzung durch die Hintertür gleichgekommen. Statt eine bedarfsgerechte

Ausstattung des KJP endlich umzusetzen, sieht der Regierungsentwurf für den Haushalt allerdings eine drastische Kürzung der KJP-Mittel vor.

Wir sind gegen eine Kürzung der Mittel für die Freiwilligendienste.

Der Bund plant die Förderung der Freiwilligendienste (FSJ, FÖJ, FIJ und BFD) um fast ein Viertel zu kürzen. Das bedeutet bereits 2024 einen Verlust von 25.000 bis 30.000 Plätzen bundesweit. Wichtige Hilfen in Kitas, Schulen und Pflege, im Sport und im Naturschutz werden damit gestrichen. Einmal gestrichene Angebote lassen sich nur aufwändig wiederherstellen. Da die Freiwilligendienste vielfach eine berufliche Orientierung auch für Berufe in Erziehung und Pflege darstellen, verschärfen die Streichungen den Fachkräftemangel zusätzlich.

Wir sind gegen eine Kürzung der Mittel im Bereich der Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte (MBE).

Die durch den Bund finanzierte Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) soll von bislang 81 Millionen Euro auf 57 Millionen Euro gekürzt werden. Das betrifft die Unterstützung beim Zugang zu Kitas und Schulen, zu Sprach- und Integrationskursen, zur Integration in den Arbeitsmarkt und anderen grundlegenden Bedarfen für über 557.000 Menschen durch 1.285 Beratungseinrichtungen. Die Kürzung steht im krassen Kontrast zu der Zielgruppenerweiterung auf alle Geflüchteten aus der Ukraine, alle Asylbewerber\*innen, geduldete Menschen und den Bedarf der Menschen, die durch das jüngste beschlossene Fachkräfteeinwanderungsgesetz nach Deutschland kommen.

Wir sind gegen die vorgesehene Kürzung im des Programms der bundesweiten, behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung (AVB). Durch den Wegfall von 50% der für das nächste Jahr mindestens benötigten Mittel wird hier der gerade begonnene und im Koalitionsvertrag zugesagte Aufbau torpediert. Es drohen Insolvenzen und eine Verschlechterung des Beratungsangebots durch Wegfall der Landesfinanzierungen.

Wir sind gegen die geplanten Kürzungen am Bundesprogramm für Psychosozialen Zentren (PSZ). Die geplanten Mittelkürzungen des Bundes um über zehn Millionen Euro, etwa 60 Prozent der bisherigen Förderung, würden bedeuten, dass traumatisierte und unterstützungsbedürftige Menschen keine neuen Therapien bekommen und bestehende Therapien vielfach abgebrochen werden müssen. Gerade erst eingestellten Psychotherapeut\*innen müsste gekündigt werden.

Wir sehen die Versorgung und Teilhabe von geflüchteten sowie anderen zugewanderten Menschen massiv gestört und damit auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Gefahr.